



Halber Schwenk des Deutschen Bauernverbandes reicht nicht

Pressemitteilung von Kirsten Tackmann, 17. August 2006

Anlässlich der vom Deutschen Bauernverband ausgelösten Debatte zum Einsatz einheimischer Erntehelferinnen und Erntehelfer erklärt die agrarpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE., Kirsten Tackmann:

Für den vom Bauernverband geforderten verstärkten Einsatz ausländischer Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeiter in der Landwirtschaft auf Grund von angeblich überwiegend negativen Erfahrungen mit einheimischem Personal scheint es keine Grundlage zu geben. Das belegen beispielsweise positive Ergebnisse einer engen Kooperation zwischen der Arbeitsagentur Eberswalde und Landwirten aus Hessen. Dort arbeiteten in diesem Sommer ca. 100 aus Eberswalde vermittelte Brandenburgerinnen und Brandenburger und ernteten bisher erfolgreich Spargel und Erdbeeren - zum gegenseitigen Vorteil von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen.

Voraussetzungen dafür waren und sind eine gute fachliche Beratung und Organisation sowie zentrale, zumutbare Qualitätsstandards für Unterbringung,

Arbeitsbedingungen und Verdienst. Nur dadurch und nicht etwa durch Drohung mit Sanktionen kann die Motivation der Erntehelferinnen und Erntehelfer erhöht werden. Dies ist auch eine Frage von zumutbaren Arbeits- und Lebensbedingungen in den landwirtschaftlichen Betrieben. Die Verdienstmöglichkeiten zwischen ca. 3,50 Euro (Ost) und ca. 5 - 6 Euro (West) sind allerdings nicht existenzsichernd und angesichts der Schwere der Arbeit deutlich zu gering. Erst recht, wenn diese Arbeitsplätze nur kurzzeitige Beschäftigungen sind, die weder Ansprüche auf Arbeitslosengeld noch auf wesentliche Verbesserungen der Alterssicherung begründen. Die Diskussion um Mindestlöhne muss auch für diesen Bereich des Arbeitsmarkts geführt werden.

Schließlich sollte dem DBV klar werden, dass die immer häufiger nur saisonal anfallende Arbeit in der Landwirtschaft deutlich attraktiver werden würde, wenn sie im Rahmen ganzjähriger, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse geleistet werden könnte. Hier ist die Bundespolitik gefordert, um Rahmenbedingungen für solche Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Im Gesetz zur ganzjährigen Beschäftigung, das im Moment nur für das Baugewerbe gilt, ist bereits der Wille des Gesetzgebers enthalten, solche Lösungen auch für die Landwirtschaft und den Tourismus zu ermöglichen. Es lohnt sich, auch über den nationalen Tellerrand zu schauen. Langfristige politische Lösungen für die Arbeitssuchenden sind auch im Sinne der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Wie in Eberswalde deutlich wurde, ist dort ein Teil der Saisonarbeit für das nächste Jahr bereits jetzt organisiert.

